Nr. 91
Februar/März 2021

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

wenn wir **#Das Wichtige jetzt** angehen, dann stellen wir die Weichen für eine gute Zukunft. Welche Weichen das sind, davon haben wir als SPD eine klare Vorstellung. Überall im Land setzen sich unsere Landtagskandidierenden gerade mit aller Kraft und mit viel Unterstützung durch Genossinnen und Genossen dafür ein, dass diese Vorstellungen auch umgesetzt werden können. Und auch auf Bundesebene liegt nun der Entwurf für unser Zukunftsprogramm vor. Es formuliert unsere Ideen und Konzepte dafür, wie wir unsere Gesellschaft, unser Leben und Zusammenleben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gestalten wollen. Gerade jetzt, wo sich die Pandemiemüdigkeit über unser Land legt, finde ich es ein Stück weit beflügelnd, wieder über den weiteren Horizont nachzudenken, und nicht nur von Inzidenzzahl zu Inzidenzzahl zu planen.

Die Coronakrise hat ganz viel freigelegt und aufgezeigt, was über akute Pandemiebekämpfung hinausweist – sowohl an Problemen als auch an Potentialen. Dazu gehören die Bedeutung und die Möglichkeiten eines starken Sozialstaats; er bildet einen der Schwerpunkte im nun vorgelegten Wahlprogramm. Ein solidarischer, sozialer Staat, der öffentliche Daseinsvorsorge leistet, der die Menschen absichert, befähigt und fördert, der für gerechte Verteilung und Schutz von Lebensgrundlagen einsteht – dieser Anspruch prägt unsere Vorstellung für die Zukunft unseres Landes. Ein solcher Staat steht auch für Investitionen: Die sind nicht zuletzt angesichts der enormen Herausforderungen durch die Coronakrise und den Kampf gegen den Klimawandel dringend notwendig. Dabei müssen die Lasten solidarisch getragen werden. darum ist eine gerechtere Steuerpolitik, die auch wieder die besonders wohlhabenden Menschen in unserem Land in die Pflicht nimmt, ein wesentlicher Teil unseres Zukunftsprogramms.

Auf Bundesebene gehen wir damit einen weiteren Schritt in Richtung Bundestagswahl. Bei uns in Baden-Württemberg ist es schon in diesem Monat so weit. Ich habe in den letzten Wochen zahlreiche SPD-Kandidatinnen und Kandidaten im ganzen Land unterstützt und mit ihnen gemeinsam über unsere Vorstellungen für eine gute und würdevolle Pflege gesprochen. Dieses Thema ist nur ein Beispiel dafür, warum es einen Unterschied macht, ob die SPD mitregiert oder nicht. Darüber lohnt es sich jetzt mit Freund:innen, Familie, Bekannten zu reden. Sie alle sollten wissen:
Wer eine grün-rote Landesregierung will, muss am 14. März SPD wählen.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Demokratie und Krise

Der Bundestag hat die Bundesregierung und die Landesregierungen in dieser größten Gesundheitskrise ganz bewusst mit großen Handlungsvollmachten ausgestattet – dynamisches Infektionsgeschehen erfordert schnelle Reaktionen. Aber inzwischen hat sich ein Gefühl der verschobenen Verhältnisse eingestellt: Wenn zum Beispiel die Bundeskanzlerin und die Minister stets erst nach den Konferenzen mit den Länderchefinnen und -chefs über die Ergebnisse berichten, anstatt vorher dazu im Bundestag Rede und Antwort zu stehen. Und es ist mehr als irritierend, wenn wie am Donnerstag die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten nicht einen einzigen Vertreter zur Debatte im Bundestag über die Fortgeltung der epidemischen Notlage schicken, während dort eine wichtige Neujustierung im Umgang mit der Pandemie vorgenommen wird.

Mit dieser erneuten Reform des Infektionsschutzgesetzes haben wir die Handlungsspielräume der Regierungen in Bund und Ländern konkreter definiert. Die Epidemische Lage wurde um lediglich drei Monate verlängert, alle Rechte sowie die Geltung von Verordnungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie laufen automatisch aus, wenn sie nicht vom Bundestag verlängert werden. Auch eine Evaluation der Coronapolitik ist vorgesehen. Das ist wichtig, denn wir lernen viel in der aktuellen Krise – nicht nur über Pandemiebekämpfung und Krisenmanagement, sondern auch über unsere Demokratie und unseren Föderalismus. Daraus werden wir Schlüsse ziehen, die uns besser vorbereiten werden auf die Herausforderungen kommender Jahre. Lebenswichtige Entscheidungen brauchen jedenfalls breite politische Debatten und parlamentarische Mehrheitsentscheidungen.

3. Sozialschutzpaket

Viele Menschen sind in diesem Pandemiejahr unerwartet und unverschuldet in Nöte geraten. Es ist die Aufgabe eines starken Sozialstaats, sie davor zu schützen, wo immer es möglich ist. In einem dritten Sozialschutzpaket haben wir diesen Schutz weiter ausgebaut.

So erhalten Empfänger:innen von Grundsicherung einen Coronazuschuss von 150 Euro, damit sie pandemiebedingte Ausgaben, z.B. für Masken oder Tests, um pflegebedürftige Angehörige besuchen zu können, etwas ausgleichen können. Für die stark in Anspruch genommenen Familien gibt es noch einmal einen Kinderbonus, der nicht auf Sozialleistungen, aber bei Eltern mit sehr hohen Einkommen auf den steuerlichen Freibetrag angerechnet wird. So kommt das Geld wirklich den Familien zugute, die darauf angewiesen sind.

Kreativschaffende, Künstlerinnen und Künstler, Publizistinnen und Publizisten sind von den erheblichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens infolge der Corona-Pandemie und der anhaltenden wirtschaftlichen Krisensituation im Kunst- und Kulturbereich hart getroffen. Darum legt der Bund das 1-Milliarden-Programm „Neustart Kultur“ auf. Und wir sorgen dafür, dass niemand seinen Versicherungsschutz in der Künstlersozialversicherung verliert, indem die jährliche Mindesteinkommensgrenze erneut ausgesetzt wird.

Soziale Dienstleister und Einrichtungen werden weiterhin finanziell unterstützt und in ihrem Bestand gesichert, indem Mindereinnahmen wenigstens teilweise ausgeglichen werden. Uns als SPD war es besonders wichtig, auch den Rettungsschirm für die Pflege zu verlängern. Viele Einrichtungen und vor allem auch Tagespflegen haben mit geringerer Belegung oder pandemiebedingten Mindereinnahmen zu kämpfen. Für sie war völlig unverständlich, dass Minister Spahn diesen Teil des Rettungsschirms nicht fortsetzen wollte. Nun haben wir in den Verhandlungen mit der Union durchsetzen können, dass die Mindereinnahmen weiterhin erstattet werden. Obwohl Minister Spahn schon im November per Bildzeitung (s)eine Pflegereform groß angekündigt hat, lässt sein Gesetzentwurf weiter auf sich warten. Dabei braucht es endlich weitere Reformschritte und eine spürbare Entlastung für die Pflegebedürftigen. Unterdessen verstreicht die Zeit, die in dieser Legislaturperiode verbleibt, um eine solche Reform auch sorgfältig beraten und umsetzen zu können.

Die Sache mit dem Impfstoffkuchen

– oder warum es so wichtig ist, dass wir nicht nur in Deutschland impfen

Seit Jahresbeginn diskutieren wir hierzulande intensiv, wer mit welchem Impfstoff wann zuerst und wer noch nicht geimpft wird. Weniger im Fokus ist die globale Perspektive, obwohl sie besonders wichtig für die weitere Entwicklung der Pandemie ist.

Denn: Je länger die weltweite Verteilung der Impfstoffe dauert und je länger das Virus irgendwo auf der Welt unkontrolliert bleibt,

- desto mehr Infektionen und Todesfälle gibt es, die vermeidbar wären;
- desto größer ist die Gefahr weiterer Mutationen, die auch bei uns ankommen;
- desto höher ist das Risiko, dass Impfstoffe nicht wirken;
- desto weniger können wir die Schutzmaßnahmen hier bei uns lockern;
- desto teurer werden der Wiederaufbau und das Aufholen des Entwicklungsverlusts in allen Ländern, aber vor allem im globalen Süden;
- desto mehr leiden der weltweite Handel und Reiseverkehr, was uns als Exportnation besonders schadet;
- desto mehr steigt die Gefahr für gewaltsame Verteilungskonflikte und Migrationsbewegungen.

Wir müssen also schnell, gemeinsam und global handeln! Dafür muss der Mechanismus der Weltgesundheitsorganisation zu Verteilung von Impfstoffen, COVAX, gestärkt werden. Außerdem müssen nun weltweit die Produktionskapazitäten schnell ausgebaut werden, damit überall Impfstoffe zu erschwinglichen Preisen produziert werden können. Denn während wir Industrienationen uns vom Impfstoffkuchen schnell die größten Stücke selbst gesichert haben, bleiben für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung nur Krümel. Gleichzeitig lassen wir zu, dass das Rezept, um mehr zu „backen“ damit es für alle reicht, nicht geteilt wird. Pharmakonzerne sind hier in der Pflicht, ihr Verhalten am Gemeinwohl zu orientieren und Know-how zu teilen. Schließlich wurde die Entwicklung der Impfstoffe erst durch universitäre Forschung und mit großen Summen öffentlicher Mittel ermöglicht.

Gleichberechtigung in Führungsetagen

Über Frauenquoten wird gerne hitzig diskutiert. Dabei wissen wir als SPD aus Erfahrung, dass sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen erst durch Quoten spürbar etwas verändert hat. Es stimmt einfach nicht, dass es zu wenige hoch qualifizierte Frauen gibt oder sie sich zu wenig um Posten bemühen. Dass Frauen in den Chefetagen unterrepräsentiert sind, liegt an lange gewachsenen Strukturen, an Netzwerken und an der Tendenz, Menschen zu (be)fördern, die einem ähnlich sind – und das bedeutet auf den höchsten Ebenen eben immer noch meistens: Männer (be)fördern Männer.

Selbstverpflichtungen blieben bisher wirkungslos: Bei den 105 börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmen beträgt der Frauenanteil in den Vorständen nur 11,5 Prozent (Stand: November 2020). Ein Großteil der Unternehmen, die zur Festlegung einer Zielgröße für Frauen in ihren Vorständen verpflichtet sind, gibt noch immer „Null“ als Zielgröße an. Das sollte denen zu denken geben, die glauben, ein Wandel könne ohne Vorgaben herbeigeführt werden. Wir müssen die Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen. Deshalb sorgen wir für eine feste Quote: Die 105 börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen sollen mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn er mehr als dreiköpfig und bisher rein männlich besetzt ist.

Für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes sieht der Gesetzentwurf eine Aufsichtsratsquote von mindestens 30 Prozent und eine Mindestbeteiligung in Vorständen vor. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts wie den Krankenkassen und den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie bei der Bundesagentur für Arbeit will die Regierung ebenfalls eine Mindestbeteiligung einführen. Und im öffentlichen Dienst des Bundes sollen bis zum Jahr 2025 Führungspositionen hälftig mit Frauen besetzt sein. Das ist ein wichtiger Schritt, denn es ist längst erwiesen, dass gemischte Führungsteams bessere Entscheidungen treffen und erfolgreicher sind.

Unterwegs im Landkreis

Schwierige Zeiten

„Einzelhandel im Lockdown" – darum ging es bei meinem Firmenbesuch bei Orthopädieschuhtechnik Schuh&Sport Rollmann in **Holzheim**. Klaus Rollmann erzählte mir von den Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf seine Branche. Später diskutierte ich online darüber mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion Bernd Westphal MdB, Friseur Uğur Tenlik, Benjamin Stein von Verdi, Michael Metzmeier von Männermode Metzmeier in **Göppingen** und anderen Betroffenen.

Erfolgreicher Einsatz

Überzeugungsarbeit vor Ort: Gemeinsam mit Sascha Binder und EVF-Geschäftsführer Dr. Bernhart habe ich im Februar unserem SPD-Haushälter Martin Gerster das Geislinger Freibad gezeigt. Nun haben wir gemeinsam unser Ziel erreichen können: **Geislingen** bekommt die Sanierung zu 90 % (!) gefördert mit 3 Millionen Euro durch den Bund!

Wichtiges Thema

In den letzten Wochen war ich auf einer "virtuellen pflegepolitischen Reise" durch ganz Baden-Württemberg. Mit vielen Landtagskandidat:innen und ihren Gästen habe ich in verschiedenen digitalen Formaten über die Zukunft der Pflege diskutiert – natürlich auch mit Sabrina Hartmann bei uns in **Göppingen**.

Was macht diese Pandemie eigentlich mit jungen Menschen? Mit der Generation, die in den Startlöchern steckt, den Schulabschluss in der Tasche und mit großen Plänen für Ausbildung, Studium, Reisen, Feiern? Sieben von ihnen habe ich dazu befragt und mit dem jungen Filmemacher Simon Marian Hoffmann aus Adelberg daraus ein spannendes Filmprojekt gemacht. Hier und auf meiner Homepage kann man den Film anschauen:

Lost Generation? - Was bewegt die Jugend?

Termine

Montag, 8. März
14:00 Uhr
Gespräch mit
Oberbürgermeister Alex Maier
Göppingen
17:00 Uhr
Kundgebung
zum Internationalen Frauentag
Marktplatz Göppingen
18:00 Uhr
„Pflege braucht Zukunft“
Onlineveranstaltung mit unserem
Spitzenkandidat Andreas Stoch

Dienstag, 9. März
13:00 Uhr
Online-Werkstattgespräch
mit AK Gesundheit der IG-Metall
14:30 Uhr
Videokonferenz mit dem Bundesverband
Privater Anbieter sozialer Dienste
zur Reform der Pflegeversicherung
16:30 Uhr
„Zukunft der Pflege“
Onlineveranstaltung mit
Kaus Ranger, Neckarsulm
19:00 Uhr
„Pflege hat Zukunft“
Onlineveranstaltung mit
Anton Mattmüller, Main-Tauber

Mittwoch, 10. März
15:30 Uhr
telefonische Bürgersprechstunde
18:00 Uhr
„Würdevolle Pflege“
Onlineveranstaltung mit
Daniel Born, MdL,
Schwetzingen

Donnerstag, 11. März,
13:00 Uhr
„Globale Gesundheit im Wahljahr“
Women in Global Health – Germany“
Online-Diskussion
19:00 Uhr
„Pflege braucht Zukunft“
Onlineveranstaltung mit
Katrin Steinhülb-Joos, Stuttgart

Mittwoch, 17. März 12:45 Uhr
Netzwerk Berlin On Air
„Arbeit an der Coronafront:
Wie wir Pflegekräfte stärken wollen“

Freitag, 19. März bis Samstag 20. März
Sitzung der EKD-Sozialkammer
(Evangelische Kirche Deutschland)

Montag, 22. März bis Freitag, 26. März
Sitzungswoche des Deutschen Bundestags

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 05. März 2021, 10 Uhr